



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.03.2012, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ersatzbeschaffung einer Drehleiter DLA 23/12(K)

Vorl.Nr. 086/12

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beauftragt die Verwaltung mit der Beschaffung einer Drehleiter vom Typ: „DLA (K) 23 / 12“ entsprechend dem folgenden Angebot:

Angebot der Fa. AHG , Tamm Für ein Fahrgestell Daimler Benz Atego 1529 mit Hinterachszusatzlenkung, Euro 5	114.700.- €
Angebot der Fa. IVECO-Magirus, Ulm Drehleiteraufbau M32L-AS und Beladung	370.114,75 €
Summe:	<u>484.814,75 €</u>
Mehrwertsteuer 19%	92.114.80 €
Gesamtpreis:	<u>576.929,55 €</u>

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange
Stadtrat Dr. Vierling

Beratungsverlauf:

Herr Thoß (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert unter Verweis auf die Vorl. Nr. 086/12 die Notwendigkeit der Beschaffung einer Drehleiter sowie die Besonderheiten des vorgeschlagenen Angebotes.

EBM Seigfried ergänzt, dass die Kosten des Angebotes die erwarteten Kosten wesentlich unterschreiten.

Stadtrat **Herrmann** erklärt für seine Fraktion, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen könne. Die Beschaffung sei eine richtige und sinnvolle Anschaffung, die nicht nochmals verschoben werden könne.

Stadtrat Dr. **Bohn** erinnert daran, dass seine Fraktion bereits während der Beratungen des Haushaltsplanes ihre Zustimmung zugesagt habe.

Stadtrat **Glasbrenner** merkt an, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales schon in seiner Sitzung am 18.05.2011 der Ausschreibung zugestimmt habe. Er bemängelt, dass nun keine Bezuschussung durch den Landkreis erfolge und erkundigt sich danach, ob die Stadt Ludwigsburg weiterhin Überlandhilfe gewähren werde.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Steinwand** teilt Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) mit, dass noch nicht feststehe, ob die Stadt Ludwigsburg durch das Kartell der Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen geschädigt worden sei.

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung) erläutert, dass Anbieter nicht normgerechte Fahrzeuge herstellen, da in anderen Bundesländer bzw. EU-Staaten andere DIN-Normen bestehen. Weiter führt er aus, dass die Stadt Ludwigsburg keinen Vorführwagen erhalten könne, da diese alle schon reserviert seien. Die alte Drehleiter werde man zum Verkauf ausschreiben. Bezüglich des Kartells stellt er klar, dass die Verwaltung darauf geachtet habe, dass die Firmen die Empfehlungen des Gemeinde- und Städtetages einhalten. Er kündigt an, dass eine mögliche Bezuschussung der Drehleiter mit dem neuen Kreisbrandmeister geklärt werde. Die Gewährung eines Zuschusses nach der Beschaffung stelle dabei kein Problem dar. Die Stadt Ludwigsburg werde auch weiterhin Überlandhilfe leisten.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 086/12 abstimmen.

TOP 2

Förderung des Projektes Frühe Hilfen "Wie schön dass du geboren bist" des Kinderschutzbundes

Vorl.Nr. 019/12

Beschluss:

Das Projekt Frühe Hilfen des deutschen Kinderschutzbundes Orts- und Kreisverband Ludwigsburg e. V. „Wie schön, dass Du geboren bist“ – Hausbesuche bei Familien mit Neugeborenen – wird in den Kalenderjahren 2012 und 2013 mit je 4.000,00€ gefördert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Nachdem EBM **Seigfried** auf die Vorl. Nr. 019/12 verweist, verzichtet das Gremium einmütig auf einen Sachvortrag.

Stadtrat **Meyer** bedankt sich bei dem deutschen Kinderschutzbund für das Projekt, welches ein hervorragendes Angebot sei. Er regt an, dass die Informationspolitik verbessert werden solle.

Stadtrat **Daferner** betont, dass dieses präventive und niederschwellige Angebot förderungswürdig sei.

Stadträtin **Moersch** erklärt für ihre Fraktion, dass diese das Projekt begrüßen und dem Vorschlag zustimmen könne. Sie bittet darum, dass die Vertreter des Kinderschutzbundes den Eltern bei den Besuchen andere Fördermöglichkeiten, z. B. Förderungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, behutsam anbieten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** regt an, in Zukunft mehr Haushaltsmittel als 4.000,- Euro pro Jahr für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat **Müller** schließt sich seinen Vorrednern an und bittet um eine frühzeitige Diskussion über die Folgefinanzierung des Projektes.

Frau **Haas** (Leiterin des Projektes „Wie schön dass du geboren bist“) erläutert auf Nachfrage von Stadtrat **Herrmann**, dass rund ein Viertel der Neugeborenen besucht werden. Dabei gebe es keine Entscheidungskriterien. Die Eltern werden beim Standesamt oder im Krankenhaus auf dieses Angebot hingewiesen. Außerdem informiert der Kinderschutzbund auf Messen und bei Kinderärzten über das Projekt. Weiter gibt sie an, dass die Anzahl der Besuche noch gesteigert werden könne.

Im Anschluss ruft EBM **Seigfried** zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 019/12 auf.

TOP 3

Stationäre Überwachungsanlagen
(Geschwindigkeit/Rotlicht)

Vorl.Nr. 080/12

Abweichender Beschluss:

Dem Ausbau der stationären Überwachungsanlagen für das Jahr 2012 – für die Jahre 2013 und 2014 *vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln* – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die Vorl. Nr. 080/12 sowie den Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011, Vorl. Nr. 556/11.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) geht anhand von einer Präsentation insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Bestand an Messanlagen

- Standorte der stationären Messanlagen
- Modernisierungsmaßnahmen
- Fallzahlen der stationären Geschwindigkeitsüberwachung
- Fallzahlen der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung
- Maßnahmen in den Jahren 2012 bis 2014

Stadtrat **Kromer** und seine Fraktion können dem vorgeschlagenen Ausbau der Überwachungsanlagen zustimmen. Allerdings vertritt er den Standpunkt, dass auch die mobilen Messanlagen wichtig seien, da diese wesentlich effektiver seien. Außerdem treffe die stationäre Überwachung oft die Falschen. Er unterstreicht, dass der Vorwurf einiger Bürgerinnen und Bürger, dass Geschwindigkeitskontrollen „Abzocke“ seien, nicht angebracht sei. Die Kontrollen tragen zur Verminderung von Unfallrisiken, zur Reduzierung der Lärmbelastigung sowie zur Verbesserung der Luftqualität bei. Er richtet an die Verwaltung die Bitte, für die Haushaltspläne 2013 und 2014 Überlegungen anzustellen, wie zusätzliche mobile Messanlagen angeschafft werden können.

Stadtrat **Daferner** äußert sich für seine Fraktion zustimmend bezüglich des Beschlussvorschlages. Er weist darauf hin, dass die stationären Überwachungsanlagen ungleich verteilt seien, da mehr Anlagen im Osten der Stadt vorhanden seien. Die Überwachung der Busspur in der Marbacher Straße sei nicht zielführend. Er ist der Meinung, dass in der Robert-Franck-Allee eine mobile Messanlage statt einer stationären Anlage sinnvoller sei. Für eine bessere Vergleichbarkeit wäre es gut, wenn die Vorlage auch die Fallzahlen des Jahres 2010 enthalte.

Stadtrat **Glasbrenner** stimmt für seine Fraktion der Beschlussvorlage zu. Allerdings solle man auch die mobile Überwachung beachten. Dabei seien die Ankündigungen in der Presse als negativ zu bewerten. Er hofft, dass die Ausnahmegenehmigungen für LKWs, die die Solitudeallee befahren dürfen, nicht ausgetauscht werden.

Stadtrat Dr. **Vierling** stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu, da eine hohe Kontrolldichte wichtig sei. Er begrüßt die kurze Amortisationszeit der Messanlagen von zwei bis drei Jahren.

Stadtrat **Müller** schließt sich seinen Vorrednern an und begrüßt den Vorschlag der Verwaltung. Er ist der Ansicht, dass die Geschwindigkeitsmessungen mit mobilen Anlagen nicht immer effektiver seien als die stationären Messanlagen.

Herr **Winkler** merkt an, dass die mobilen Überwachungsanlagen mit einem höheren Personalaufwand verbunden seien. Der Schwerpunkt der mobilen Messungen liege derzeit bei der Überwachung von Tempo 30-Zonen. Auf Nachfrage aus dem Gremium erläutert er, dass in der Markgröninger Straße mobile Messungen durchgeführt werden. Die Ahndungsquote bei diesen Überwachungen liege jedoch unter dem Durchschnitt. Die Kontrollen der Busspur in der Marbacher Straße halte er sinnvoll, da dort eine durchgezogene weiße Linie sei, die nicht überfahren werden dürfe. Die Fallzahlen der stationären Überwachungen aus den Vorjahren seien ähnlich wie die Fallzahlen 2011. Bei den mobilen Überwachungen seien die Fallzahlen des Jahres 2011 aufgrund eines Personalwechsels geringer als in den Vorjahren. Im Haushaltsplan 2012 seien Einnahmen von jeweils rund 400.000,- Euro für mobile und stationäre Überwachungsanlagen veranschlagt. In der Talallee seien in letzter Zeit Schwerpunktkontrollen mit mobilen Geschwindigkeitsüberwachungen durchgeführt worden.

Stadtrat **Meyer** erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits darum gebeten habe, in den Jahren 2013 und 2014 den Bestand an mobilen Messanlagen zu erhöhen.

Stadtrat **von Stackelberg** möchte als Ergänzung zu den Fallzahlen des Jahres 2011, die in der Vorl. Nr. 080/12 genannt sind, wissen, wie viele Fahrzeuge insgesamt gemessen worden seien.

EBM **Seigfried** sagt zu, dass die Mitglieder des Gemeinderates eine Informationsvorlage mit den entsprechenden Zahlen erhalten.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Moersch** erklärt Herr **Winkler**, dass es möglich sei, dass der LKW-Verkehr von der Solitudeallee auf die Hohenzollernstraße ausweiche. In diesem Fall werde die Verwaltung in der Hohenzollernstraße mobile Messungen durchführen.

Auf Anregung von Stadtrat **Glasbrenner** schlägt EBM **Seigfried** vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Dem Ausbau der stationären Überwachungsanlagen für das Jahr 2012 – für die Jahre 2013 und 2014 *vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln* – wird zugestimmt.

Das Gremium stimmt dieser Änderung des Beschlussvorschlags einmütig zu.

Sodann lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 080/12 mit dem oben genannten geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 3.1	Keine weiteren Radaranlagen in der Stadt - Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011	Vorl.Nr. 556/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.

Der Antrag von Stadträtin Lange mit der Vorl. Nr. 556/11 wurde durch den Beschluss zur Vorl. Nr. 080/12 abgelehnt und ist damit erledigt.

TOP 4	Weiterentwicklung Schulsozialarbeit - Schaffung und Vergabe neuer Stellen	Vorl.Nr. 067/12
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Die Elly-Heuss-Knapp-Realschule erhält ab 01.06.2012 eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger CVJM entsprechende Vereinbarungen zu treffen.
2. Jeweils 50 % einer Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit erhalten der Grundschulcampus (Anton-Bruckner-Schule und Pestalozzi-Schule) und die Schubartschule ab dem Schuljahr 2012/13. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu Angebote von Trägern einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Die Ziffer 1 des Beschlusses wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Ziffer 2 des Beschlusses wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen

mehrheitlich angenommen.

Damit wurde der unten genannte Antrag von Stadträtin Burkhardt abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) schildert den in der Vorl. Nr. 067/12 dargestellten Vorschlag der Verwaltung zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit.

EBM **Seigfried** unterstreicht die Bedeutung der Schulsozialarbeit an Grundschulen, die frühzeitige Hilfen anbieten und damit präventiv tätig werden können. Die erste Grundschule mit Schulsozialarbeit sei die Eichendorffschule im Stadtteil Grünbühl gewesen. Der dortige Erfolg der Schulsozialarbeit zeige sich unter anderem an dem Indikator Übergangsquote. Seit dem Jahr 2003 haben sich die Übergänge auf das Gymnasien von 9,4 % auf 32,5 % erhöht.

Stadtrat **Herrmann** merkt an, dass der Gemeinderat mit der Aufnahme von zusätzlich 136.000,- Euro in den Haushalt 2012 für Schulsozialarbeit bereits ein Zeichen gesetzt habe. Seiner Meinung nach sei Schulsozialarbeit sehr wichtig, aber könne nicht alle Probleme lösen. Schulsozialarbeit müsse auch die Erziehungskompetenz der Eltern stärken. Er hält die Vorgehensweise der Verwaltung bezüglich der Campusgymnasien für richtig. Zunächst sollen mögliche Kooperationen und eine Entscheidung zur Zukunft des Stadtbades abgewartet werden.

Stadtrat **von Stackelberg** schlägt vor, die Schulsozialarbeit nicht rein schulartbezogen, sondern auch standortbezogen weiterzuentwickeln. Dadurch könne z. B. eine bessere Vernetzung zwischen den Schulen des Innenstadtcampus erfolgen.

Stadträtin **Moersch** befürwortet die Schaffung einer Vollzeitstelle an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule. Weiter erklärt sie, dass ihre Fraktion bei Ziff. 2 des Beschlussvorschlages unterschiedlich abstimmen werde. Sie ist der Ansicht, dass zuerst an allen Sekundarschulen Schulsozialarbeit vorhanden sein müsse, bevor flächendeckende Schulsozialarbeit an Grundschulen eingeführt werde. Insbesondere die rund 2.000 Gymnasiasten auf dem Innenstadtcampus benötigten Schulsozialarbeit.

Stadtrat Dr. **Vierling** bestätigt, dass an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule Bedarf für Schulsozialarbeit vorhanden sei. Außerdem ist er damit einverstanden, dass die Schulsozialarbeit an Grundschulen ausgebaut werde. Danach könne auch ein Ausbau des Angebotes an Gymnasien erfolgen.

Stadtrat **Müller** erklärt für seine Fraktion, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen könne. Er rät dazu, nach Möglichkeit mehr Teilzeitstellen im Bereich der Schulsozialarbeit zu schaffen. Des Weiteren regt er an, Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes an Schulen als Ergänzung zur Sozialarbeit einzusetzen.

Stadträtin **Kopf** schließt sich den Ausführungen von Stadträtin **Moersch** dahingehend an, dass das Ziel das Angebot von Schulsozialarbeit an allen Schulformen, auch den Gymnasien, sein müsse. Zunächst sei allerdings der Ausbau an Grundschulen sinnvoll.

Stadtrat **Glasbrenner** ist der Meinung, dass nicht alle Grundschulen Schulsozialarbeit benötigen. Dies müsse jeweils standortbezogen betrachtet werden. Er legt dar, dass seine Fraktion bereit sei, über weitere Stellen für die Schulsozialarbeit zu diskutieren.

EBM **Seigfried** bestätigt, dass Schulsozialarbeit nicht an jeder Schule erforderlich sei. Außerdem ruft er den folgenden Antrag von Stadträtin Burkhardt auf, der den Mitgliedern des Ausschusses

für Bildung, Sport und Soziales als Tischvorlage ausgehändigt wurde:
„Die Haushaltsmittel 2012 für neue Schulsozialarbeiterstellen werden so erhöht, dass zusammen mit den Landes- und Bundeszuschüssen 4 neue Vollzeitstellen geschaffen werden können.“

Frau **Karcheter** führt aus, dass die Grundschule Hoheneck keinen Antrag auf Schulsozialarbeit gestellt habe. Die Schule habe lediglich erklärt, dass sie sich in Richtung Ganztage entwickeln möchte.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 076/12 abstimmen.

TOP 4.1	Haushalts- und Investitionsplan 2012 ff.: Neue Personalstellen für die Schulsozialarbeit - Antrag von Stadträtin Burkhardt (LUBU) und Stadtrat Hillenbrand (Linke) vom 23.11.2011	Vorl.Nr. 555/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.

Der Antrag von Stadträtin Burkhardt und Stadtrat Hillenbrand mit der Vorl. Nr. 555/11 ist mit Bericht und Beschlussfassung zur Vorl. Nr. 067/12 erledigt.

TOP 5	Umsetzung Schulentwicklungsplan; hier: aktualisierter Bauzeitenplan - mündlicher Bericht
-------	---

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) gibt bekannt, dass das Uhlandgebäude im Sommer 2011 in Betrieb genommen worden sei. Anschließend seien Abbruch- und Demontearbeiten mit Schadstoffentsorgung durchgeführt worden, die wesentlich mehr Zeit in Anspruch genommen hätten als geplant. Bei der folgenden Fundamentierung des Altbaus seien erhebliche Probleme aufgetreten. Außerdem seien bei der Baumaßnahme Gartenstraße 14 Verzögerungen aufgrund von Einsprüchen der Nachbarn, die mittlerweile zurückgezogen worden seien, aufgetreten. Die Verwaltung habe die Probleme dann im Februar 2012 in der Steuerungsgruppe und mit den Rektoren der Anton-Bruckner- und Pestalozzischule erörtert. Bei den Gesprächen sei festgelegt worden, dass die Pestalozzischule erst in den Faschingsferien 2013, anstatt in den Sommerferien 2012, in den Verbindungsbau und die sanierte ehemalige Anton-Bruckner-Schule umziehen solle. Dadurch verzögere sich allerdings auch der Umzug der Justinus-Kerner-Schule, der ursprünglich in den Sommerferien 2013 erfolgen sollte. Die Fertigstellung der Sanierung der Justinus-Kerner-Schule ist nun für August 2014 vorgesehen. Die Maßnahmen am Goethe-Gymnasium sollen im Sommer 2016 abgeschlossen werden.

Stadtrat **Dr. Bohn** begründet den Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2012, Vorl. Nr. 061/12. Er betont, dass das Schulentwicklungsprogramm ein Pflichtprogramm mit höchster Priorität sei. Das Argument, dass die Justinus-Kerner-Schule in den Sommerferien umziehen müsse, sei nicht nachvollziehbar. Seiner Ansicht nach müsse das Dezernat II die Federführung übernehmen. Außerdem müsse der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales frühzeitig und umfassend über den Bauablauf informiert werden.

Stadtrat **Meyer** kritisiert den Antrag der SPD-Fraktion. Die Verwaltung habe in der Sitzung des Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 21.03.2012

Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.02.2012 umfassende Informationen zu dem Bauablauf des Innenstadtcampus geliefert. Diese Informationen hätten innerhalb der Fraktionen weitergegeben werden können. Seine Fraktion ist der Meinung, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft sehr gut arbeite und bedankt sich hierfür bei Frau Barnert.

Stadträtin **Moersch** erklärt, dass sie sehr zufrieden mit der Arbeit des Fachbereiches Hochbau und Gebäudewirtschaft sei.

Stadträtin **Steinwand** betont, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung Verzögerungen normal seien.

EBM **Seigfried** legt dar, dass die Schule nicht alleine entscheiden könne, wann der Umzug erfolge. Diese Entscheidungen werden im Rahmen der entsprechenden Arbeitsgruppen getroffen. Er unterstreicht, dass die Zusammenarbeit sowie die Kommunikation zwischen den Dezernaten und den Fachbereichen sehr gut funktionieren. Weiter hebt er hervor, dass die Verwaltung der Schulentwicklung hohe Priorität einräume.

Stadtrat von **Stackelberg** stellt klar, dass seine Fraktion mit dem Antrag Vorl. Nr. 069/12 lediglich Informationen erhalten wollte. Die SPD-Fraktion habe durchaus Verständnis für Verzögerungen beim Bauablauf. Er gibt an, dass der Antrag durch den Bericht der Verwaltung erledigt sei.

TOP 5.1	Bauablauf Grundschulcampus - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2012	Vorl.Nr. 069/12
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18.02.2012, Vorl. Nr. 069/12, ist durch den Bericht der Verwaltung erledigt.

TOP 6	Bildung und Betreuung - Mittagessen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen und Schulen (1 € Essen) - Bildungs- und Teilhabepaket - Information über die Nachfrage und derzeitiger Stand	Vorl.Nr. 076/12
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nr. 076/12 wird von den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zur Kenntnis genommen.

Auf Sachvortrag wird seitens des Gremiums verzichtet.

EBM **Seigfried** geht auf einzelne Nachfragen aus der Mitte des Gremiums ein.

Beschluss:

- 1) Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt die Fortschreibung der jährlichen Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2012/2013 zur Kenntnis.
- 2) Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschließt im Rahmen der Bedarfsplanung die Umsetzung der beantragten Maßnahmen zum Beginn des Kindergartenjahres 2012/2013 bzw. zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014.
Die Ausgaben für 2012 in Höhe von insgesamt 50.060 € sind über den Verwaltungshaushalt finanziert. Die Finanzierung der investiven Ausgaben in Höhe von insgesamt 233.250 € erfolgt über Haushaltsreste 2011.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Lange

Beratungsverlauf:

Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) schildert unter Verweis auf die Vorl. Nr. 046/12 den geplanten Ausbau der Kindertageseinrichtungen. Dabei geht sie insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Betreuungsplätze in den Jahren 2008 bis 2013
- Anzahl der Betreuungsplätze zum 01.03.2012
- Schaffung neuer Betreuungsplätze in den Jahren 2012 und 2013
- Überprüfung der Zielerreichung des institutionellen Ausbaus
- Gegensteuerung zur Erreichung der Planziele
- Realisierte und beschlossene Maßnahmen 2012 bis 2014
- Versorgungsgrad der Betreuung von Kinder unter drei Jahren

Um die Versorgungssituation zu verbessern, bestünde im Jahr 2012 die Möglichkeit 10 weitere Plätze in der Jägerstraße zu schaffen. Außerdem prüfe die Verwaltung derzeit, wo in Oßweil und Hoheneck die für 2013 bereits beschlossenen 40 Betreuungsplätze geschaffen werden können. Darüber hinaus gebe es Anträge der Evangelischen Kindertagesstätte Stammheimer Straße und der Katholischen Kindertagesstätte Tulpenweg, die derzeit geprüft werden. Durch die Umwandlung von Hortplätzen können möglicherweise weitere Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen werden.

Stadträtin **Kopf** erkundigt sich nach möglichen Verzögerungen bei dem Ablauf der Baumaßnahmen. Sie stellt fest, dass die Versorgungsquote erhebliche Defizite in einzelnen Stadtteilen aufzeige. Sie schlägt vor, dass das Gremium den Kindergarten Jägerstraße besichtigen könne um festzustellen, ob eine Zukunftsperspektive vorhanden sei. Sie ist der Meinung, dass beim Kindergarten in der Stammheimer Straße in Pflugfelden dringender Handlungsbedarf bestehe. Den genannten Anträgen der Träger sowie der Vorl. Nr. 046/12 könne ihre Fraktion zustimmen. Weiter führt sie aus, dass der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen ihrer Ansicht nach nicht mit der Erreichung des Rechtsanspruches gedeckt werden könne. Ihrer Meinung nach sollte das Platz-Sharing ausgebaut werden.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass die vorhandenen Hortplätze seit dem Jahr 2009 von 279 auf 199 Plätze reduziert worden seien.

Stadtrat **Dr. Bohn** lobt die Beschlussvorlage und bedankt sich für die regelmäßige Informationen der Verwaltung. Weiter erkundigt er sich nach der Definition von betreuten Spielgruppen.

Stadtrat **Glasbrenner** stimmt für seine Fraktion der Beschlussvorlage ausdrücklich zu. Er weist darauf hin, dass der Bedarfsplan ständig fortgeschrieben werden müsse. Er begrüßt, dass die Tagespflege immer beliebter werde.

Stadträtin **Klett-Heuchert** kritisiert die starken Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Vor allem in Hoheneck und Poppenweiler sei das Angebot zu gering. Die Umwandlungsmaßnahmen seien zwar mit hohen Kosten verbunden, aber unbedingt erforderlich. Abschließend erklärt sie, dass ihre Fraktion der Vorl. Nr. 046/12 in vollem Umfang zustimmen könne.

Stadtrat **Müller** stimmt für seine Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat **Meyer** bittet darum, langfristig die Errichtung eines Kinder- und Familienzentrums im Stadtteil Neckarweihingen anzustreben.

Frau **Schober** teilt dem Gremium mit, dass die Daten zur Realisierung der Baumaßnahmen mit dem FB Hochbau und Gebäudewirtschaft abgestimmt seien. Lediglich die Fertigstellung der Baumaßnahme Umlandstraße verzögere sich, da diese derzeit durch das Regierungspräsidium geprüft werde. In einer Spielgruppe werden bei Öffnungszeiten von 15 Stunden bis zu zehn Kinder durch Fachkräfte betreut. Diese Einrichtung benötige eine Betriebserlaubnis vom KVJS.

TOP 8 **Kindertagesstättenplanung - demographische
Prognose
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Krämer-Mandau** (Projektgruppe Bildung und Region) stellt anhand einer Präsentation die derzeitige demographische Prognose vor.

Dabei geht er insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Anzahl der Kinder
- Zahl der Wohneinheiten
- Altersaufbau
- Anteil der Männer und Frauen nach Alter
- Versorgungsquote der Kinder unter drei Jahren
- Verteilung der belegten U3-Plätze nach Stadtteilen

Er betont, dass die Anzahl der Geburten in der Stadt Ludwigsburg konstant bleibe. Dadurch werden allerdings bis zum Jahr 2020 zusätzlich etwas 200 Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren benötigt.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass derzeit die Umwandlung von Regelgruppen in Ganztagesgruppen erfolge.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Kopf** erklärt Herr **Krämer-Mandau**, dass die Anzahl der Grundschüler in der gesamten Stadt konstant bleibe. Allerdings werden einzelne Grundschulen, z. B. im Westen der Stadt, große Einbrüche bei den Schülerzahlen haben.